

# Der Gemeindearbeiter

Erscheint alle 14 Tage.  
Durch die Post bezogen.  
Preis je Heft 150 Pf.

Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter  
und Straßenbahner Deutschlands.

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Geschäftsstelle: Köln, Venloerwall 6, Garnison A 8538  
Postcheckkonto Köln 18937.

Nummer 19

Köln, den 17. September 1921

9. Jahrgang

## Deutsche Gewerkschaftsbund zu den Lebensfragen des deutschen Volkes.

Im deutschen Gewerkschaftsbunde sind über 2 000 000 christlich-nationale Arbeiter, Angestellte und Beamte zusammen. Mit den Angehörigen seiner oder repräsentiert er einen großen Teil des deutschen Volkes und muß daher an Fragen der Nation eine klare, deutsche Stellung einnehmen.

Der große Ausdruck hält am 4. u. 5. September in Berlin eine Sitzung ab, um sich den ihmebenden Fragen nach, die von sozialpolitischen Bedeutung auszutauschen.

Erste und allen Deutschen gemeinsame Wiederanbau des Vaterlandes, Wiederherstellung seiner nationalen Einheit, nach in diesem Kampfe der Machtlosen aus den Augen verloren.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn das deutsche Volk sich einmütig Boden der demokratischen Staatsregierung stellt und sie vor allen gewalttätigen Handlungen fernhält.

Bei dem Chener Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Deutschland vertrat die Entwicklung bewußt immer die Richtung der damals auftretenden Kräfte. Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes erwartet von den Mitgliedern des Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß im Lande im vollen Opferwillen die Erfüllung dieser Ziele ein befreimt um fiktive Winkelzüge politische Tendenzen in der Preiselichuk des Deutschen Gewerkschaftsbundes von seinen Mitgliedern wie orts unabdingbare Treue zu den Führern und insbesondere seinem Herrn Ministerpräsidenten Sieger erfülliges volles Vertrauen aus und an, auf den kommende Verhältnisse dieses Vertrauensverhältnis zu erhöhen.

Anordnungen zur Finanzpolitik.

Der Ausdruck des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist der erdrückendste, der es auf die Partei und auf den Führer des Landes bringt, daß er nicht mit Angst gegen sich einen einzigen Schritt zurück, daß er nicht mit Angst an die Zukunft geht, die er nicht fürchtet.

Erfüllung eingegangener Verpflichtungen kommt werden.

Der in Deutschland noch immer zu beobachtende verschwendende Kauf und Verbrauch von Luxusgütern insbesondere ausländischer Herkunft seitens bestimmter Kreise beweist eine unerträgliche Ungleichheit in der steuerlichen Erfassung der einzelnen Volkschichten.

Der Ausdruck des Deutschen Gewerkschaftsbundes erwartet daher von der Reichsregierung, daß sie vor einem Eingriff in die Substanz der großen Vermögen nicht zurücktreten wird, insoweit durch diesen Eingriff nicht das für die Aufrechterhaltung der Produktion unentbehrliche Betriebskapital verloren wird.

Die unerlässliche bürgerliche Eingriff in die Substanz der Wirtschaft hat in einer Form zu erfolgen, die dem deutschen Volk die freie Verfügungsgewalt über seine Produktionsmittel erhält und die deutsche Arbeit nicht in amerikanische und produktionshemmende Abhängigkeit vom Ausland geraten läßt.

Der Ausdruck des Deutschen Gewerkschaftsbundes erwartet von der Reichsregierung und Reichsliste Erfüllung der Handelsgarantie, die sich offensichtlich der neu-luben Erfüllung entziehen. Das bisherige Steueraufkommen läßt erkennen, daß in beträchtlichen Teilen Deutschlands die Landwirtschaft den gerütteltenweise auf zu entzündenden Zeit der allgemeinen Belastungen nicht getragen hat. Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes wendet sich entschieden gegen die in manchen, besonders in ländlichen Gegenden zu beobachtenden Steuerschotage. Diese ist geeignet, den inneren Frieden unseres Volkes auf das schwerste zu gefährden.

Der Ausdruck verlangt mit einem Nachdruck, daß die durch die Steigerung der Belegschaftspreise sich ergebende Wertsteigerung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes unter Angabe an die besonderen Produktionsverhältnisse der Landwirtschaft und unter gleichzeitiger Annahme der Novordnung des Hypotheken- und Bodenrechts erstattet wird.

Die Wohnungsknot.

Der Ausdruck des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat die Bekämpfung der großen Wohnungsknot für eine der dringendsten antropologischen als auch der sozialen Notwendigkeiten des Landes bestimmt. Er sieht die Lösung des Wohnungsknotes in der Errichtung der neuen und vorher nicht geplanten und gebauten Wohnungen.

städtischen und ländlichen Wohnungswirtschaft selbst aufgebracht werden. Für das nächste Baujahr erhält er nur im

Ausbau der Wohnungswirtschaft

einen Weg zur Sicherstellung der Mittel für den Wohnungsbau. Diese Abgabe muß so hoch bemessen werden, daß ihre Erträge ausreichende Zuschüsse für alle technisch und wirtschaftlich durchführbaren Wohnungsbauten ermöglichen. Die Steigerung der Abgabe bedingt eine entsprechende Erhöhung der Löhne. Die durch die Steigerung der Abgabe bedingte Erhöhung der Gehälter und Löhne ist polspolitisch und polswirtschaftlich durchaus gerechtfertigt. Bei der Neuerstellung von Wohnungen ist der Flachbau möglich zu fördern und zu bevorzugen.

Das Bodenbesitzrecht bedarf grundlegender Reform, daß den wunderlichen Handel und Gebrauch in Wohnungsgeschäften ausläuft. Das Hypothekenwesen ist gleichzeitig gemeinwirtschaftliche Grundlagen zu stellen. Insbesondere sind Boden- und Bauwirtschaft voneinander zu trennen. Im Wohnungsbau sollte die Tilgungsdpflicht mit der Zeit die allein aufzuhängen bleiben.

Weber der unbedenkliche private Hausbesitz nach das Sollten der Mieterrate kennen auf die Dauer den Bedürfnissen nach einer sozialen Gestaltung des Wohnungswesens gerecht werden. Für die Verwaltung und Bewirtschaftung von Mietwohnungen wird daher eine Form gemeinnütziger Selbstverwaltung in Gruppung zu ziehen sein, die unter Zusammenfassung einer Anzahl Wohnungsgrundstücke zu Wohnungsgemeinschaften das Problem der Sozialmiete durch Mitbestimmung aller Beteiligten zu lösen sucht.

Dem Haushalter soll dabei sein Eigentum am Hause unter ausreichender Verzinsung erhalten bleiben. Den Wohnungsgemeinschaften ist jedoch auf die zu ihrer Gemeinschaft gehörigen Häuser ein Verkaufsrecht unter Zugrundelegung des reellen Wertes einzuräumen. Im übrigen dürfen privatwirtschaftliche Interessen der Haushabiger bei der Wohnungswesens nicht bindend sein. Eine Entwidrigung gegenüber der Haushabiger ist die in Zukunft aus der Verzweigung der Hauser wegfallenden Gewaltungen, so der jungen Pionieren und anderen, die daraus bei endeverwerteter Gewerkschaftslandwirtschaft ihren Kaufpreis eben nicht mehr herstellen können.

Die Flachbauarbeit ist dringend nötig, um die

**Gewerkschaft unter entscheidender Mitwirkung von Arbeitnehmern, Verbrauchern und Vertretern der Allgemeinheit den öffentlichen Interessen unterzuordnen.**

Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes erfüllt die organisierten Verbände und deren Mitglieder die gemeinnützigen Bauproduktionsgenossenschaften der christlichen Bauarbeiter durch persönliche und finanzielle Anteilnahme zu fördern und zu unterstützen. Er erübrigt in diesen Genossenschaften ein geeignetes Mittel, auf dem Gebiete des Wohnungsbauens regulierend und preismindernd zu wirken.

#### **Teuerungswelle und Preissruhe.**

Mit schwerster Zeige stellt der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes fest, daß wieder eine Teuerungswelle durch das Land geht, die in ihrer Höhe in den Produktionskosten nur teilweise begründet ist. Fremd jeder Rücksicht auf die eigenen Volksgenossen, erfüllt vom Geist niedriger und verächtlicher Selbstsucht werden die durch die Reparationen verpflichtungen erischwerten Lebensbedingungen unseres Volkes von Erzeugern und Handlern in Stadt und Land zur Bewucherung.

der ohne Feste an Produktionsmitteln leben, den Lohn- und Gehaltsempfänger aller Art vielfach schamlos ausnutzt.

Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes ruft alle Erzeuger in Stadt und Land, an alle Unternehmer in der Landwirtschaft, im Handel und Gewerbe die eindringliche Mahnung, um ihrer politischen und sozialen Verantwortung für das Gondial unserer Volksgenossenschaft bewusst zu sein und dem großen Ziel der Freiheit und Unabhängigkeit Stadt und Land, Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Nutzen das beweisen. Schreiten nach möglichst hoher Wertschöpfung vor.

Wir erwarten uns an die Verarbeitung und das Gefühl eines Selbstbewußtseins und das unterhaltende und aufbauende Lachen und die Würde aufzunehmen, einen starken und einem großen Teil nicht das Lachen zu erzielen wird, doch es ist kein Neuwesen, auch Lebensbedingungen und Praktiken der armen Gewerkschaften zu überwinden. Das ist keine Notwendigkeit ein Vorschriften und Praktiken zu überwinden, das aus seinem und jener Kinder Erb und Sohn und zu dem zum gelungenen während Millionen verdeckt.

Endlich die durch Gewalt und Gewalt gegen die Arbeiter und Gewalt gegen die Arbeitnehmenden zu verhindern werden.

Wir verzerrigen von der Hoffnung, daß sie mit großer Bedeutung zum Recht der Gewerkschaftsvereinigung, die ja leichter zu gewinnen ist als die Handhabe dagegen.

Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes erübrigt in dem Maße, als es die handelnde und die Gewalt, und das zu dem drei Geboten auf den ersten Platz zu stellen.

#### **Um die öffentlichen und privaten Arbeitsgebiete**

richtet der Deutsche Gewerkschaftsbund die Aussordnung, diesem Bestreben ihrer Arbeitnehmer verständnisvoll und weisegehend entgegenzukommen. Die deutsche Arbeitnehmerschaft fordern wir auf, ihre Ansprüche unter billiger Berücksichtigung der Gesamtlage zu stellen und sich nicht zu Verforderungen treiben zu lassen, deren Unverfügbarkeit offensichtlich ist. Wir rufen aber auch auf zum Willen zur Erzwingung dessen, was wir brauchen, wenn wir bei unserem Verlangen auf angemessenen Ausgleich gegenüber der steigenden Teuerung auf Verständnisbereitschaft und Abstimmung hoffen. Macht Euch stark zum Kampfe um Euer Recht. Nicht aber auch Selbstsucht durch verhältnisses Handeln. Zählt keine Wucherpreise, treibt den Preis durch sinnloses Vorgehen nicht in die Höhe und vermeidet den Einkauf entbehrlicher Auslandswaren!

Die unvermeidlichen Mittel wirtschaftlicher Selbsthilfe, in besondere

#### **des Gewerkschaftsvereins.**

Und planmäßig zu fördern. Als einen Weg zur Bekämpfung betrachten wir die Schaffung gezielter wirtschaftlicher Organisationen zur Sicherung des Bedarfs an den Stämmen, Gütern des täglichen Lebens, an deren Aufbau und Verwaltung Erzeuger, Verbraucher, der Handel und die Gemeinden in zu bereitigen sind, daß sich mit bekräftiger Zuordnungsfähigkeit und Gewährung angemessener produktionssteigernder Preise an die Erzeuger die Zusicherung leichten Spekulationsgewinns erlangt und vereinigt ist. Ein Reichstagsmaulwurf kann beispielhaft die Erzeugung und Erziehung wie geworden, mögliche die rechtlichen Voraussetzungen für den Abschluß und die Durchführung jeder Maßnahme schaffen.

#### **Die Sozialversicherungen.**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat unverändert auf dem Standpunkt des Arbeiters, Wappenscheide und Wehr in Wirtschaftsleben besondere Aufgaben zu erfüllen haben und mittlerweile auch berechtigt sind, eine Sozialpolitik zu betreiben, die ihren besonderen Verhältnissen entspricht.

Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes erkennt dergemäß, wie er es auch schon früher ausgesprochen hat, die Vereinigung des Arbeiters für Sozialleben, an die Versorgungen, die auf eine Bekämpfung der besonderen sozialen Verhältnisse der Angestellten abzielen. Er erkennt weiter die Dringlichkeit einer zeitgemäßen Anpassung an die Geldverhältnisse und die Not erneut des Ausbaues der Sozialversicherung.

Entsprechend wird der Deutsche Gewerkschaftsbund dafür streiten, daß der zweite gesetzliche Grundstein eines Sozialen betriebsförderung und Förderung des Sozialen Arbeitnehmers noch in diesem Herbst vorliegt und im Januar der Beschuß des Deutschen Reichstags in die soziale Verfassung eingegangen wird.

Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes erkennt weiter an, daß die

sozialen Verhältnisse der Arbeitnehmenden und

Leistungen sowie der Gehaltsgrenze für die Versicherungspflicht, die unter Berücksichtigung der Geldentwertung die Abrechnungen verwickelt, die zur Sanktion des Versicherungsgesetzes für die gestellte geführt haben.

#### **Gegen die Reaktion, für den Wiederaufbau.**

Die Reaktionäre in Deutschland wissen Morgenlust. Die ungeheure Not, in die durch den verlorenen Krieg hineingekommen sind, wird benutzt, um alle Kräfte zu befeißen, die durch den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes berufen sind, den Krieg zu liquidieren. Die deutsche Arbeit und Angestelltenchaft ist in erster Linie berufen, diesejenigen Kräfte zurückzudrängen, die ihr gerüstetes Maß von Misshandlung ausbrüten und an der nicht rechtzeitigen Beendigung des Krieges tragen und nun mehr sich als die angeblichen Retter des deutschen Volkes auspielen.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands nahm in seiner Sitzung vom 20. August in seine Stellung zu diesem Treiben und brachte folgende

#### **Kontrast.**

an die deutschen Arbeitern und Angestellten zu erläutern:

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, in die Zeitung in Not verankert, weiß nur einen einzigen und politisch verlässlichen Anhalt in der ruhmvollen Parteiaffiliation an dem überzeugten Erwerger der jungen Menschenkreis. Dieses Modell ist nicht nur ein wundervolles Beispiel an dem unglaublichen Opfer. Es ist auch ein

Schlag gegen bei inneren Frieden des deutschen Volkes.

Dieser Mensch will gegen politische Unzufriedenheit und die Träger politischer Ideen nicht in den besonderen Bereich und Entwicklung wichtigen Posten foltern, die verantwortlich für Politik und das Zukunftsrückschauen in Deutschland. Was uns not tut,

Gemeinschaft statt Antreiber! Zusammenhalt statt Partei, gemeinsame

Wirklichkeit statt die kritisch-kritische, die lokale Wahlkreise oder die allgemeine Kreisgruppenlos ausstehende Parteidataturen herreichen und wie hohen gelten, wie wir damit kommen und wie in einer gelebten Atmosphäre ehrliche Wandelten ein wohler Kräfte aufzuladen können. Es muß eben dann, als die politischen Gruppen, die Verbindungen ihrer Anhänger in den Landen, in den Wahlen und jeden Augenblick vollen Verantwortung bewußt sein.

Die Lage des deutschen Volkes ist fachlich und ihm in Laufe der letzten Jahrzehnte, an Größe und Bedeutung zuwachsen. Eine dumpe, gärende Stimmung gecharakterisiert die ganze Gemeinschaften und ist sich nicht wohl in Entladungen freibt. Es ist auf die unmöglich, daß sie in Deutschland Staatshabten können, die gewalt und der schlechte Lage des deutschen Volkes neidisch tragen, kann nicht.

Der am uns losende Druck von außen verhindert und bestimmt die erforderliche Vorbereitung. Christliche Gewerkschaften prüfen, ob sie ruhiger Tatenkraft einen geistigen und moralischen Antrag in eine neue Zukunft haben. Wir müssen die Arbeit neu organisieren, sofern es möglich ist, und müssen dabei die Arbeitnehmenden, die zu auf der einen Seite die Gewalt zu dulden, die wollen, auf der anderen Seite zu verteidigen. Von der anderen Seite zu verteidigen, die der Gewalt entgegen weinen müssen, wenn

jetzt übernehmen, verlangen aber eine gerechte Verteilung der Kosten nach Maße der tatsächlichen Leistungsfähigkeit. Das wäre Vergessen, das angehörs der Not unseres verhinderter wirtschaftlicher Egoismus, und so ein Lügen und Genugtuung bieten, muss allen Mitteln beseitigt werden. Der Vorwurf fordert auch auf, im ganzen Lande imme die dieser Erklärung mit unermüdlicher Tat und Opferwilligkeit zu wirken und sich allen Bemühungen von welcher Seite sie auch mögen, auf das schärfste entgegenzustellen."

## Geldentwertung und Beitragsleistung.

hierzu geht uns von einem Kollegen folgende tritt mit der Bitte um Veröffentlichung zu der Bitte kommen wir um so lieber nach, weil in der Zukunft niedergelegten Gedanken aus zutreffend sind und Anspruch auf Beurteilung allerseits erheben können.

Wenn es sich vor dem Kriege als unbedingt notwendig erwies, dass der erste Stundenlohn in der dem Verbande gehörte, dann trifft das anders in der heutigen Zeit zu. Sehr bedauerlich, das noch einige, wenn auch wenige, Ortsgruppen nicht einmal die satzungsgemäße Beitragskasse eingeführt haben, viel weniger einen Stundenlohn abzuführen. Verbandsmitglieder glauben, die Beschlüsse des Verbandsstages und des Zentralvorstandes gehen zu dürfen. Sie bedenken aber nicht daran, sie sich legitierend selbst am meisten schädigen. Die Durchführung der Beiträge des Verbandsstages und des Zentralvorstandes auf dem Gebiete der Beitragszahlung geht weit mehr, als andere Dinge in der heutigen Zeit, dem Verbande die Erfüllung der Aufgaben. Wer sich also diesen Beschlüssen huldige Beitragskasse zu zahlen, nicht angenommen gewollt ist, verlässt den laufenden Zusammenhang zwischen Beitragsleistung und Erfüllung der Verbandsaufgaben. Es ist leider, dass viele Mitglieder, die die Steigerung der Löhne um das 15% als unbestritten annehmen, nicht einsehen wollen, dass die Organisation gezwungen ist, ihre Einkommen den geänderten Verhältnissen und den neu gefundenen Geldwert anzupassen. Wenn man glaubt, dass in der Zeit, wo der Wert der auf den zehnten Teil gesunken ist, das Aufgebot der Gewerkschaften steiner geworden ist, ist das ein Trugschluss. Das Aufgabengebiet der Gewerkschaftsbewegung hat sich unzweiflungsweise bedeutend erweitert. Viel zu logar, dass gerade diejenigen, die sich am besten die Anpassung des Verbandsbeitrages an die Geldentwertung wahren, in ihren Erörterungen an die Gewerkschaftsbewegung nicht bescheiden sind.

Den Rückblick auf die Verhältnisse, wie sie sich der Gewerkschaftsbewegung vor dem Kriege befanden, wird bestimmt denen, die bislang glaubten, dass sie mit einem Verbandsbeitrag von 2.— M. bis 8.50 M. ein gewaltiges Erbringen Beweis dafür sein, dass vor dem Kriege von den Verbandsmitgliedern weit besser wurde, was zur Lösung der gewerkschaftlichen Aufgaben erforderlich ist, als dies heute noch ist.

Die satzungsgemäße Beitragsleistung in Verbande wurde bereits im Jahre 1912 ein Beitrag für die Hauptkasse in Höhe von 5% festgesetzt. Zu dieser Beitragsleistung dann durchweg noch Volksbeiträge in von 5.—15%. Diese Beiträge wurden in einer Zeit, zu der die tarifmäßigen Löhne in bis zu 50% standen. In den viel-

sten Fällen bezog demnach der wöchentliche Beitrag mehr als der Stundenlohn.

Der jetzigen Beitragsleistung entsprechend zeigt auch das Verbandsvermögen nicht in dem Maße, wie es gerade in der heutigen Zeit notwendig wäre. Die Nummer 16/17 unseres Organs zeigt auf der letzten Seite deutlich, dass die finanzielle Entwicklung unseres Verbandes nicht gleichen Schritt gehalten hat mit der Entwertung des Geldes. Diese Tatsache ist um so unerfreulicher, als die Erfüllung der Verbandsaufgaben auf engste mit der finanziellen Entwicklung eines Verbandes verknüpft ist.

Worin bestehen denn die Aufgaben unseres Verbandes? Kurz zusammengefasst in dem Bestreben, den Verbandsmitgliedern möglichst günstige Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen und das Wirtschaftsleben in unserem Sinne zu beeinflussen, wobei wir das Feld für die gewerkschaftliche Betätigung nicht mehr so enge abgrenzen können, wie in früheren Jahren. Wenn von Seiten des Verbandes dahin gearbeitet wird, dass den Arbeitern ein möglichst gerechter Anteil am Ertrag ihrer Arbeit zuteilt wird, so kommen wir dabei immer wieder zu scharfen Auseinandersetzungen mit denen, die uns einen solchen Anteil nicht zugestehen wollen. Zum Teil nicht zugestehen wollen, weil sie glauben, dass dadurch der eigene Profit zu sehr geschmälert würde oder aus volkswirtschaftlichen Erwägungen heraus glaubt, den Arbeitern nicht mehr geben zu können. Sowohl das Profitinteresse der Arbeitgeber bei der Ablehnung unserer Forderungen den Ausgang gibt, wird es in vielen Fällen nur durch Kampf möglich sein, das zu erreichen, was für uns notwendig ist. Dieser Kampf kostet Geld. Es gab noch keine Zeit, seit Bestehen der Gewerkschaften, in der so hohe Summen für wirtschaftliche Kämpfe aufgewandt werden müssten, wie gerade heute. Die Erfolge unserer militärischen Kämpfe haben in der Kriegszeit unzweifelhaft eine ganz bedeutende Hebung unseres Standes bewirkt. Während und nach dem Kriege bedurfte es dann aller Kraft, um unseren Verdienst dem sinkenden Geldwert anzupassen. Kein gedankenslos hören wir oft sagen: Es musste ja doch alle Lohn erhöhung nichts. Die hohen Lebensmittel- und Warenpreise brachten die Lebenshaltung des Arbeiters immer weiter herab. Die so sprechen, vergessen, dass ein verlorenes Krieg und die Revolution hinter uns liegen. Sie haben sich noch nie bemüht, einmal darüber nachzudenken, wohin wir nach den durchbaren Ereignissen gefommen wären, wenn die ordnende Kraft der Gewerkschaftsbewegung nicht hätte eingesetzt werden können. Große Geldentwertung war noch immer eine Folgerichtung verlorener Kriege. Die Teuerung war nach einem Kriege, wie wir ihn erlebt haben, unvermeidlich, denn die Zerstörung so ungeheuerter Werte konnte nicht ohne Nachwirkung bleiben. Ohne unsere gewerkschaftliche Tätigkeit hätten wir als Arbeiter mit dem, was uns das Unternehmertum freiwillig zugestanden, auch den notwendigen Verdienst einer Familie nicht deinen können.

Den Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung erhalten wir recht oft in solchen Gegenden und Betrieben, in denen die Arbeiterschaft erst heute den Weg zur Organisation findet. Die Löhne sind dort derart niedrig geblieben, dass in vielen Fällen beim Einsetzen der Gewerkschaft eine sofortige Verdopplung dringend erforderlich ist. Wenn heute in einem Betriebe für die Arbeiter eine Erhöhung der Stundenlöhne auch nur um 50% erreicht wird, so bedeutet dies eine Erhöhung des wöchentlichen Einkommens um 24 M. Für eine große Anzahl unserer Verbandsmitglieder werden die Stundenlöhne in diesen Wochen noch erhöht werden.

Bei regelmäßiger Verdienst spielt es dabei wirklich eine so große Rolle nicht, wenn wöchentlich an Verbandsbeitrag 2.— M. mehr gezahlt werden. Aber für einen evtl. Kampf ist die höhere Beitragsleistung für jedes einzelne Verbandsmitglied von allergrößter Bedeutung.

Die Höhe der Streikunterstützung wurde dem gefundenen Geldwert angepasst, soweit das irgend möglich war. Wenn dabei die anderen Unterstützungsarten im Verhältnis zur Höhe der Kriegszeit zurückgedrängt sind, so ist das allein darauf zurückzuführen, dass eben die Beitragsleistung den geänderten Verhältnissen bis jetzt nicht angepasst wurde, trotz aller diesbezüglicher Anforderungen der führenden Kollegen. Die Ausgaben des Verbandes für die Einrichtung und den Unterhalt der Verbandssekretariate, für die Herausgabe der Verbandszeitung, für die im Interesse der Verbandsmitglieder erforderlichen Reisen der Verbandsangestellten und anderes mehr, haben zum Teil nicht nur das 10fache der früheren Ausgaben erreicht, sondern sind noch weit mehr gestiegen, so dass also, wenn auf der einen Seite die Einnahmen sich dem gefundenen Geldwert nicht anpassen, und auf der andern Seite die Ausgaben aus zwingenden Gründen gleichen Schritt halten mit der Geldentwertung, die Erfüllung der Verbandsaufgaben sehr erschwert wird.

Wir haben oben angeführt, dass die Verbandsaufgaben auch darin bestehen, das Wirtschaftsleben in unserem Sinne zu beeinflussen. Dieses kann allerdings mit Lohnbewegungen und Streiken nicht allein erreicht werden, es ist dazu erforderlich, dass unsere Kollegen in den verschiedenen wissenschaftlichen, künstlerischen und staatlichen Einrichtungen mitwirken, um dort zur Geltung zu kommen. Hier liegt eine umfassende Aufklärungsarbeit der gewerkschaftlichen Verbände ein durch die Verbandszeitung, durch die Herausgabe von Büchern, Schriften, Flugblättern, Abhalten von Unterrichtskursen usw. Das alles erfordert gleichfalls große Aufwendungen. Diese können aber ein bestimmtes Verhältnis zu den Gesamt-Einnahmen nicht übersteigen, so dass auch hier die Beitragsleistung der Verbandsmitglieder für die Erfüllung der Verbandsaufgaben eine ausschlaggebende Rolle spielen.

Zusammengefasst ergibt sich also aus den Darlegungen die amwingende Schlussfolgerung, dass wenn unter den geänderten Verhältnissen ein Verband seine Aufgaben so erfüllen soll, wie dies im Interesse der Verbandsmitglieder gelegen ist, unter allen Umständen auch die Beitragsleistung der Mitglieder dem gefundenen Geldwert angepasst werden muss. Bei den jetzt überall erfolgenden weiteren Lohn erhöhungen muss es eigentlich selbstverständlich sein, dass damit auch gleichzeitig eine Erhöhung der Beitragsleistung erfolgt.

## Bemerkenswerte Entscheidungen des Hauptauschusses für Straßenbahner.

Welche Organisationen sind zur Teilnahme an den Verhandlungen zur Regelung der bezirklichen oder örtlichen Verhältnisse berechtigt?

Der Reichsmanteltarif I und II, sowie der Vertag A und B, abgeschlossen mit dem Arbeitgeberverband der Deutschen Straßenbahnen, Fleischbahnen und Privatseebahnen regelt die Dienstverhältnisse im allgemeinen. Die Regelung der übrigen Fragen, wie Dienstkleidung, Ruhtage usw., insbesondere die wichtige Lohnfrage soll durch bezirkliche Vereinbarungen erfolgen.

Bei der Leipziger Großen Straßenbahn sollten nun Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Gruppenabkommen stattfinden. Während bisher dieses Abkommen von den Genossen allein getroffen war, verlangte unser Verband nunmehr die Teilnahme an den Verhandlungen und Zugelassung als Tarifpartner beim Gruppenabkommen. Auf Grund unserer Mitgliederzahl in der Ortsgruppe Leipzig Straßenbahner (bei der letzten Betriebsratswahl erhielten wir 407 Stimmen), konnten wir dieses Verlangen stellen und gut begründen. Die Genossen dagegen verlangten, jedenfalls um die zahlreichen Ueberlebte zu unserem Verbande zu holen, unsere Ausschaltung, wodurch ohne Zweifel die von uns aufgestellten Forderungen nicht zur Verhandlung gekommen wären. Die Belange der gesamten Kollegenschaft wären hierdurch ohne Zweifel geschädigt worden. Anschließend aber ging bei den Genossen der Verbandsegoismus den Interessen der Kollegen vor.

Hierauf beantragten wir beim Hauptausschuß eine Entscheidung dahingehend, zur Teilnahme an den Gruppenverhandlungen und -abkommen berechtigt zu sein. Inzwischen hatte auch die Arbeitgebergruppe Sachsen den Antrag gestellt, zu entscheiden, welche Organisationen zur Teilnahme an Verhandlungen und Abkommen berechtigt sind. In der Verhandlung vor dem Hauptausschuß am 23. August kam es zu keiner Entscheidung, vielmehr wurden die Spartenorganisationen beauftragt, unter sich eine Einigung anzustreben. Die Einigung kam aber, infolge ablehnenden Verhaltens des Transportarbeiterverbandes, nicht zustande, sodau in der Sitzung des Hauptausschusses vom 30. August folgende Entscheidung getroffen wurde:

Die Verhandlungen innerhalb des Gruppenabkommens in der Gruppe Leipzig haben nicht getrennt innerhalb der örtlichen Stellen, sondern in Gesamtverhandlungen stattzufinden. Zur Teilnahme an den Verhandlungen sind die am Manteltarifvertrag beteiligten Parteien zugelassen."

#### Gründe:

Es handelt sich im vorliegenden Fall um die Feststellung ob der Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands berechtigt ist, an den in Leipzig stattfindenden Verhandlungen über das Gruppenabkommen teilzunehmen. Die Zuständigkeit des Hauptausschusses zur Entscheidung in dieser Frage ist gegeben, da es sich um eine Streitigkeit aus dem Manteltarifvertrag handelt. Da der Sachselsicht sieht ist, daß der Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands zu den Parteien gehört, die den zur Zeit geltenden Manteltarifvertrag abgeschlossen haben. In § 8 dieses Vertrages ist vorgesehen, daß für die Erhöhung der Arbeitnehmergruppenabkommen gebildet und innerhalb der Betriebsgruppen Gruppenabkommen getroffen werden. Damit entfällt die Möglichkeit, bei Abschluß der Gruppenabkommen innerhalb der örtlichen Stellen getrennte Verhandlungen zu führen, es sind nur Gesamtverhandlungen zulässig. Als Vertragsparteien bei dem Abschluß der Gruppenabkommen können nur die bei dem Abschluß des Manteltarifvertrags beteiligten Parteien im Betracht kommen. Diese Feststellung entspricht dem Sinne des § 8 des Manteltarifvertrages. Sollte eine andere Regelung gelten, werden soeben dies im Manteltarifvertrag ausdrücklich festgehalten werden müssen.

#### Reichspostamt:

Prinzipiell ist damit entschieden, alle Organisationen, die an den Manteltarifvertrag beteiligt sind, und auch zur Teilnahme an den feierlichen Verhandlungen und Vereinbarungen zugelassen. Selbstverständlich kann kein Verband

verlangen, auch dort zugelassen zu werden, wo er keine Mitglieder hat. Mit seiner Teilnahme an Verhandlungen und Verträgen übernimmt er auch einen guten Teil der Verantwortung, die er aber nicht tragen kann, wenn ihm jeglicher Einfluß auf die Kollegenschaft fehlt. Und zweits kann es richtig als Verrat an der Kollegenschaft bezeichnet werden, wenn nur aus agitatorischen Motiven heraus die Teilnahme einer anderen Organisation zu hinterreden versucht wird.

## Lohnbewegungen und Tarifverträge.

#### Lohnbewegungen und Tarifverträge.

Lohnbewegungen auf der ganzen Linie so bezeichneten wir in der letzten Nummer die gegenwärtige Situation. Inzwischen haben die Verhandlungen eingesetzt. Im Westen Deutschlands können wir, wenn auch die Verhandlungen noch nicht überall abgeschlossen, oder die Schlichtungsinstanzen ihre Entscheidung gefällt, durchweg mit einer Stundenlohnernhöhung um eine Mark bis 1,20 k rechnen, daneben mit einem erweiterten Ausbau der Familien- und Kinderzulagen. Nachdem vor etwa 1½ Jahren die im Kriege gewährten Familienzulagen durch den Abschluß der Tarifverträge in etwa abgebaut wurden, beobachten wir bei den letzten Bewegungen wiederum ein erhebliches Rücken des Soziallohnes in den Vordergrund. Eine ideale Lösung des Problems Sozial oder Leistungslohn, stellt gewiß die gesuchte Lösung nicht dar. Tedenfalls aber zeigt uns die Entwicklung, daß wir auf die Dauer eine zweimäßige Lösung nur durch eine allgemeine Regelung mit Hilfe der gesetzlichen Gewalt finden können.

Nachstehend die Ergebnisse einiger Bewegungen, die bereits zum Abschluß gekommen sind.

Lohnverhandlungen für die Gemeinden im rheinisch-westfälischen Industriegebiet fanden am 2. September statt. Auch hier erklärte sich der Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Gemeinden bereit, ab 1. September das Kinder- und Hauszulaged auf 30% pro arbeitsfähig zu erhöhen. Die Standeshöhe jedoch nur um 1,00 k. Die Arbeitnehmervertreter verlangten für die älteren Arbeiter den gleichen Zulohnzuschlag von 1,20 k pro Stunde, wie er von den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken bereits zugesagt war. Eine Einigung kam nicht zustande. Nachdem der Arbeitgeberverband in seiner Mitgliederversammlung am 5. September den geforderten Zulohnzuschlag von 1,20 k pro Stunde abgelehnt hat, wird sich nunmehr die Reichsbildstelle beim Reichskommissariat in Düsseldorf mit der Streitfrage beschäftigen.

## Lohntarifabkommen mit dem N.G.D. der Gemeinden der besetzten

#### Reichspostamt.

Unter obiger Überschrift berichten wir in der letzten Nummer unseres Organs über bestehende Lohnverhandlungen und Forderungen. Seit dem 2. Juli dieses Jahres tragen diese die Form eines Tarifvertrages. Am 2. September und erneut am 10. September trafen sich auch dreizehnmal wieder der Arbeitgeberverband und die Arbeitnehmervertreter, waren ebenso wie in letzter Zeit die Parteien manchmal nicht vertreten und hat und hat und hat, so von einer ziemlich großen Zahl an Besprechungen stattgefunden.

Die am 15. Juli d. J. in Kraft getretene Erhöhung des Stundenlohnes für Erwachsene bis bzw. 30 Pf. wird am 1.—12. September beginnen mit dem 15. August d. J. Das Kindergeld wird von 1,50 M. pro Tag auf 100 monatlich erhöht und das Haushaltsgeld von 12 M. auf 18 M. wöchentlich. Die Löhne der

C. Gr.	A I	A II	B	C
1	7,00-7,20	6,72-6,92	6,34-6,54	5,79-5,99
2	6,50-7,00	6,53-6,73	6,16-6,36	5,82-5,92
3	6,00-6,80	6,25-6,50	6,08-6,19	5,48-5,58
4	6,00-6,80	6,06-6,36	5,71-6,01	5,22-5,32
5	4,70-5,00	4,53-4,83	4,30-4,60	3,90-4,10

Haushaltsgeld . . . . . 18 M. pro Woche  
Kindergeld . . . . . 100 " " Monat

#### Die Neuordnung in Köln.

Die Verhandlungen über die Neuordnung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter und Straßenbahner in Köln sind zu einem gewissen Abschluß gekommen. Noch nie seitdem die Arbeiter städtischen Arbeiter und Straßenbahner organisiert sind, ist mit einer solchen Hartnäckigkeit und Energie um einen möglichst vollen Erfolg gerungen worden, wie dieses Mal. Wie einmal drohten die Verhandlungen zu sterben. Nur der ernsthafte Wille auf allen Seiten und das müssen wir ausschließen, die Folgen eines Kampfes in gemeindlichen Betrieben der gesamten Bevölkerung nicht aufzubürden, hat schließlich zu einer Verhandlung geführt. Das schließlich bei einem solchen Rüngem Sozialhilfe liegen und drüben schwere Belastung aufgefallen werden, ist verständlich. Trotzdem hat der ernsthafte Wille zur Verständigung folgendes Ergebnis erzielt: Ab 1. August wird gewährt eine Zulage in allen Wohnhäusern für Vollarbeiter zu 1,- k pro Stunde. Die Familienzulage erhält eine Erhöhung von 12 auf 18 k pro Woche in die Kinderzulage eine solche von 50,- k auf 100,- pro Monat. Für Arbeitertinnen, die nicht im Rahmen einer 5-Jahres-Zulage erzielt der Stundeholz eine Erhöhung um 50,- Pf., für Jugendhandarbeiter unter 20 Jahre um 50,- Pf., für jugendliche Arbeiter, Arbeitertinnen und Gehilfen um 50,- Pf.

Zur verschiedenen Belehrtheitungen der Lohnbewegung kommen wir an anderer Stelle.

#### Lohnzulagen in Württemberg.

Mit dem Arbeitgeberverband Württembergischer Gemeinden wurde am 20. August im Rahmen der Stuttgarter folgende Vereinbarung getroffen:

1. Ab 1. August tritt zu der bisherigen Zulagezulage eine neue Teuerungszulage, beträgt

für Arbeiter über 21 Jahre . . . . . 1,-

" Arbeiter von 18-21 Jahren . . . . . 0,-

" Arbeitertinnen über 21 Jahre und Arbeitert mit freier Station aber ohne freie Wohnung . . . . . 0,-

" Arbeitertinnen von 18-21 Jahren und Arbeitert mit freier Station . . . . . 0,-

2. Die sich hieraus ergebenden Zulagen werden für die Zeit vom 1. August bis September 1921 in der Höhe von 11,- k pro Stunde in einer Summe anzurechnen. Berechnung geschieht in der Weise, daß 10% auf die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden entfällt. Das ist . . . . . 1,- pro Stunde. Hiermit wird die nach der neuen Zulage zu zahlen. Der Rest . . . . . 1,- auf die übrigen 10% der Arbeitstage wird der entsprechenden Arbeitern und der entsprechenden Arbeitern wird der entsprechende Anteil an ihrer vorher abgerechneten Arbeit, die vor dem 1. August in Höhe eigener Leistungung ausgezahlt.

nehmen an der Erhöhung der Leistungszulage nicht teil.

Die Kinderzulage in Stuttgart (nicht auch in Deutschland) erhöht sich auf monatlich 60 Pf.

## Neuordnung der Lohnverhältnisse der südlichen Arbeiter in Baden.

Mit dem Arbeitgeberverband südlicher Städte fanden am 6. September Verhandlungen zwecks Erhöhung der Löhne statt. Nach langerem Hin und Her kam schließlich eine Einigung auf folgender Grundlage zu Stande.

Der Grundlohn in Obenkasse 2, 3 und 4 wird in allen Ortsklassen um 0,10 M. erhöht. Die Leistungszulage wird in allen Lohn- und Latsklassen um 15 %, die Kinderzulage um 10 Pf. erhöht.

Diese Lohn- und Kinderzulagenerhöhung tritt zwangsläufig ab 1. August in Kraft und wird also zu der bereits genehmigten Zulage gewährt.

Die Anfangslohnsätze betragen jetzt ab 1. August für über 24 Jahre alte Arbeiter

	in Ortsklasse 1	in Ortsklasse 2
I. Lohnklasse	50,49 M.	50,49 M.
II.	47,85 "	47,85 "
III.	44,55 "	44,55 "
IV.	36,25 "	32,20 "

	in Ortsklasse 3	in Ortsklasse 4
I. Lohnklasse	41,22 M.	41,22 M.
II.	38,75 "	38,75 "
III.	35,65 "	35,65 "
IV.	29,40 "	29,40 "

Vorstehende Löhne erheben sich nicht nur um den Betrag der Dienstalterszulage, sondern auch um Leistungszulage, auch auf die Dienstalterszulage gewährt. So erhält in Ortsklasse 1 Lohnklasse 3 der Arbeiter 2, 10 M. Dienstalterszulage plus 65 % Zuschlag in 3,30 M. Also erhält dieser ungelehrte Arbeiter nach 4 Jahren:

44,50 M. Anfangslohn  
3,30 M. Dienstalterszulage  
47,80 M. Gesamtlohn.

## Streit bei der Karlsruher Kleinbahn.

Endigt in den nächsten beiden Monaten mit Beginn des beschlossenen Zeitraums am 7. Dezember in das Jahrpersonal geflossenen in Ausland getrieben. Das Urteil ist ferner derzeit zwei Jahren längst die Anträge der privaten Straßenbahnen der kleinen Kleinbahnen, darunter auch die der Karlsruher Kleinbahn, um Anerkennung der Kurzverträge und geraden zulässiger Weise haben es die Unternehmer verstanden, bis bis jetzt an der Anfangszeit vorbelastet. Am ungewöhnlichen Tag haben die preußischen Richtungsgesellschaften sich mit der Angelegenheit beschäftigt. Tatsächlich haben Verhandlungen und Ratschläge beim Reichsarbeitsministerium stattgefunden. Das letzte Ergebnis war ein Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums vom 1. August. Unter Zustimmung einer reaktionären Richtervertreter wurde gegen die Summen

Rechtsanwaltsvereiter bestimmt das Spruch gefällt, der in keiner Weise die Besitzenschaft befriedigen konnte. Bei einer Frist von drei Monaten bis zu einem Jahr darf man den Kollegen für 4 Wochen 60 Pf. pro Woche in Kleinbahnen erhalten, wobei durch Verhandlungen zu unterscheiden ist, ob die Frist von 1 bis 2 Jahren ist. Wiederum werden darüber hinaus 75 Pf. für 4 Wochen und über hinaus für die Frist von 8 Wochen. Bevor aber in Kleinbahnen kommt, waren je durch Verhandlungen zu unterscheiden, ob es sich um einen einzigen Betrieb handelt, der Arbeit mit einem einzigen Betrieb wahrt, oder um einen Betrieb, der unter einer anderen Firma arbeitet, die auch beim Vertrag die Frist gesetzt hat.

Der Direktor Sirion, die Verteilung aller Scharfschützen, ließ keine kapitalistische Zusage jeglicher Art zu, das er bei den Verhandlungen vor dem Interalliierten Staatssekretär erklärte: „Meine Herren! Wenn den Straßenbahnen der S. 7 zugestanden wird, kommen morgen die Industriearbeiter und stellen dieselbe Forderung. Es besteht dann weiter die Gefahr, daß auch die Arbeiter ihrer Länder diese Forderung stellen.“ Die Folge davon war, daß die Interalliierte Kommission den Straßenbahnen auch keine weitere Zugeständnisse machte.

Der Kampf ist nunmehr ausgetrieben. Wenn er zu Ende geht, wissen wir nicht. Der Kampf ist nicht nur ein Kampf um die Anerkennung des Berliner Mantelaristes, sondern auch ein Kampf gegen jene Geister, die schon seit einigen Monaten im ganzen Lande Kampf gegen jeden sozialen Fortschritt führen. Ob die Augen der Arbeiter legen im besetzten Gebiete noch weiter Verbündete von den übrigen Bahnen bekommen werden, hängt ganz von den Verhältnissen ab. Eins darunter kann gelöst werden. Ein Sieg oder eine Niederlage greift nie in die Verhältnisse der gesamten Straßenbahner Deutschlands ein. Wenn deshalb in den nächsten Tagen an das Solidaritätsgefühl der Straßenbahner-Kollegen appelliert wird, hoffen wir dann, daß unser Ruf nicht vergebens ist.

## Konabkommen für das Wirtschaftspersonal des städt. Krankenhauses in Kehl.

### A. Männerliches Wirtschaftspersonal.

Die männlichen Arbeiter werden nach den jeweiligen Sätzen des Lohnarbeits des Arbeitgeberverbandes der Gemeinden in der bestreiten Arbeitsprovinz entlohnt.

### B. Weibliches Wirtschaftspersonal.

Räumen, Waschtagen, Bügelzimmer und Stationspersonal erhalten einen Monatslohn von 200,00 M. - 310,00 M.

Das Büchelpersonal außerdem eine monatliche Zulage von 50,00 M. Die Spaltung zwischen Anfangs- und Endlohn wird nach Dienstbahnen berechnet und steigt der Lohn nach jedem Dienstjahr um 10,00 M. monatlich bis zum Höchstlohn.

Stich Konabkommen hat Gültigkeit vom 1. Januar 1921.

Lohnverhandlungen für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke im rheinisch-westfälischen Arbeitskreis fanden zwischen den beteiligten Organisationen am 1. September statt. Nach längeren Verhandlungen erzielten sich die Abteile zu folgenden Erhöhungswerten: Ab 1. September wird das Kindergeld und Haushaltsgeld auf 800 M. für den Tag erhöht. Die Stundenzulage werden am gleichen Tage in allen Gruppen erhöht.

Für Arbeiter über 21 Jahre um 1,20 M.  
von 20 - 21 " 1,10 "  
" 19 - 20 " 0,90 "  
" 18 - 19 " 0,65 "  
" 16 - 18 " 0,45 "  
" 14 - 16 " 0,30 "

Für die Zeit vom 16. August bis 1. September beträgt das Haushaltsgeld 2,50 M., das Kindergeld 2,00 M. für den Arbeitstag, die Wohnzulage die Hälfte der vorstehend angegebenen Züge. Eine am Mittwoch, den 7. September, stattgefundene Delegiertenkonferenz der Arbeitnehmer bestätigte diesen Kompromiß diesem Angebot mit einer kleinen Abänderung zu.

## Vollwirtschaftliches und Soziales.

### Gerechte Preise und Gerechte Löhne.

Der Präsident der R. 1. verhandelt hat als „Vater“ des „Vaterlandes“ ein Werk zu schaffen, das nicht nur eine Arbeit, das sein Wirtschaft im freien Land gehandelt werden darf, soll sich gebraucht. Es darf keine Rauhautung und

die dadurch verursachten Preisüberhöhung haben inzwischen aber nachzuholen. Gestattet man den Gründern für das Hinausführen der Preise nach so erkennt man, daß die Größe einer erheblichen Betriebs- und Betriebsförderung in Zukunft doch nicht so groß ist, wie es zunächst den Andenken hat. Der Hauptgrund für die Steigerung der Preise liegt nämlich darin, daß zu Beginn des freien Handels bei den Unternehmungen die Brotpreise benötigten den Betriebs- und Mühlen und Nährmittelproduzenten, keine Vorläufe vorhanden waren. Es ist zu vermeiden, daß alle diese Betriebsinteressenten ihr früheres Kundenverhältnis, das ja unter der Zwangswirtschaft ganz aufgehört oder zum weitesten beträchtlich gelitten hatte, wieder aufzubauen wollen und anfangen, in starkem Maße Betriebe zu laufen. Da aber der hierdurch verursachten starken Nachfrage nur eine begrenzte Menge Inlandsgut des gegenüberstand, so übersteigen zunächst die Preise im freien Verkehr den Winkelpreis, teilweise sogar den Durchschnittspreis für Brotpreise auf dem Weltmarkt. Unter den Käufern für Roggen befinden sich anfangs auch viele landwirtschaftliche Produzenten von Weizen und Gerste, die einen immensen Vorteil hatten, wenn sie Roggen als Umlagezweck abliefern, ihre Weizen- und Gerstenbestände aber zu den Preisen des freien Marktes absetzen.

Der durch alle diese Umstände emporgetriebene Brotpreis ist nun die Forderung nach Freigabe der Einfuhr ausländischen Brotpreises immer stärker werden. Die Reichsregierung hat sich den Vorstellungen aus rückwärtigen Kreisen nicht verschlossen und angeordnet, daß vom 18. August d. J. an ausländisches Brotgetreide eingeführt werden kann. Diese Maßnahme wird bewirken, daß der Markt an Brotgetreide bedeutend zunimmt, und daß andererseits der Preis für inländisches Getreide von der Preisabschaltung im Ausland stark beeinfluht werden wird. Am ehesten hat der Inlandspreis ohnehin in letzter Zeit eine demokratische Senkung erfahren. Dazu einmal weil die überstehen starken Nachfrage nach weilt in der ersten Zeit des freien Handels hauptsächlich Einkünfte gestiegen waren, und dann vielleicht auch die Verschaffung der demokratischen Staaten, die heute in Getrebedienstlichen Gewerken, den Kultivatoren bestellten Schwierigkeiten. Am anderen die Mühlenindustrie, die bei Beginn der freien Wirtschaft fast noch nicht auf die neuen Verhältnisse eingewilligt hatte, zunehmend durch Zusammenfälle der komplizierten Situation bestrebt zu werden.

Die Einheitsreihen mit ausländischen Brotpreisen bringt aber noch einen anderen Vorteil mit sich. Sie macht uns nämlich bis zu einem gewissen Grade mit dem Ausfall der Inlandswirtschaft unabhängig. Durch den neuen Preisabschaltung Deutschlands läuft nur zwar im augenblicken die Ernte nach der Dürre der letzten Wochen etwas zu ungunsten über, doch ist zu bedenken, daß durch die vorliegenden Verhältnisse kein Anlaß mehr besteht. Der Sonderstand berichtet mir, dass die Ernte in den kommenden Jahren lautet folgendem:

	Breiten	Deutsches Reich
Winterweizen	2,4	2,4
Sommerweizen	2,8	2,8
Winterroggen	2,6	2,5
Sommerroggen	3,2	2,9

Hierbei bedeuten die Ziffern 2 mit 3 mittleren. Wir haben also im kommenden Verbrauchsjahe im großen und ganzen mit einer guten Mittelreise zu rechnen. Besonders Westenburg hat nach den bisherigen Erfahrungen gute Ertragsausichten. Es lohnt zu hoffen, daß die Ertragsausichten bis zu den Ziffern der Reichsstatistik bestätigt oder gar noch übertraten werden. Dabei ist im Auge zu behalten, daß auch die Reichsbehörden der Getreideproduktion im allgemeinen nichts zu wünschen übrig lassen soll.

Was die Verhöhung mit Nutzenreise anlangt, so ist die seit langem heraufsteigende auf die deutsche Erde verankerte Verlustzunahme der Ertrag, der gegenwärtig die Erzeugerbetriebe, das sind Mühlen und Bäcker, im freien Land gehandelt werden darf, soll sich gebraucht. Es darf keine Rauhautung und

### Zur Sicherung der Sonntagsruhe.

„Der Christliche Landarbeiter“, ein Verbandsorgan des christlichen Landarbeiterverbandes, schreibt:

„Achtung! Landarbeiter! Aufgepaßt! „Unsere Kollegen aus den laufm. Angestelltenverbänden liegen mit ihren Arbeitgebern im Streit. Fahrscheintafel lang kämpfen die Angestellten um die Sonntagsruhe. Nun will man ihnen die freien Sonntage wieder nehmen. Man erzählt den Angestellten, daß das Landrath wünscht, an Sonntagen seine Einkäufe in der Stadt zu machen. Landarbeiter! Kollegen! Kolleginnen! Hier gilt es, unsere Kollegen des Deutschen Gewerkschaftsbundes beizustehen. Wir geben uns nicht dazu her, um Errungenheiten, welche die Hand- und Kopfarbeiter durch ihre Organisationen sich erzungen haben, auszuhänden zu machen. Man mag unsere Frauen Zeit geben, um am Werktag ihre Einkäufe in der Stadt besorgen zu können. Es einmal das Gesetz der Sonntagsruhe durchbrochen, dann versucht man auch mit uns wieder allerhand. Darum unterstützen wir die Angestellten im Kampf um die Sonntagsruhe. Überall dort, wo unsere christlich-nationalen Angestelltenverbände sich an unsere Landarbeiterkollegen um Unterstützung wenden, werden sie diese finden.“

### Arbeiterbewegung.

#### Die Stadtvorstandswahlen in Berlin.

Die letzten Wahlen zum Stadtvorstandswahlkum in Berlin sind für ungültig erklärt worden, obwohl in nächster Zeit Neuwahlen stattfinden müssen. Den Genossen mangelt es nunmehr um die bisher innegehabte Mehrheit. In einem Correspondenzartikel in der sozialistischen Tagespresse (Rheinische Zeitung Nr. 207, 21) heißt es unter anderem:

„Die bisherige Mehrheit der drei sozialistischen Parteien war in mehr als einer Beziehung sehr unzureichend. Die Kommunisten, und aus Angst vor ihnen auch die Unabhängigen, konnten sich nicht genug tun in der Beantragung von hohen Ausgaben für alle möglichen Dinge, insbesondere für Sozialverbaungen. Wenn es aber herausging, die dafür nötigen Mittel zu bewilligen, dann waren es wieder die beiden Parteien, die plätschern und zusammenhören und zusammen jede neue Greuer ablehnen. Die Sozialdemokraten fanden sich in solchen Situationen sehr häufig gezwungen, zusammen mit den Bürgerlichen die Steuern zu bewilligen, und von den beiden Gruppen durften sie dann die Brügel einklappen, die diese sehr reichlich für ihre Freiheit und Verantwortungslosigkeit verdient hätten. Ein sehr bezeichnendes Beispiel für diese Art Kommunalpolitik war die Abschaffung des Groß-Berliner Staats durch die unabhängige und kommunistische Fraktion, obwohl diese Parteien und ganz besonders die Unabhängigen einen großen Einfluß ausübten in der obersten Körperschaft.“

Als die kurze Zeit, in der die Genossen die Mehrheit hatten, hat genügt, um aus dem mehrheitssozialistischen Saulus einen Paulus zu machen.

### Lohnbewegungen unter den Bergarbeitern.

Bei den am 1. September stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Bergbauunternehmern und dem 1. Vorsteher des Arbeitseckes, unter dem Vorsitz des Arbeitseckesleiters Dr. Braun, schmiedeten die Ernehrer folgendem Ergebnis zu. Durchschnittlich soll eine Zulage von 19 M<sup>t</sup> pro Schicht gewährt werden. Die Verteilung dieser Zulage ist folgendermaßen geschehen:

Unter Tage: 16—17 Jahre	M. 4,00 je Schicht
17—18 "	4,50 "
18—19 "	5,50 "
19—20 "	8,50 "
20 Jahre und darüber	11,00 "
Über Tage: 14—15 Jahre	M. 0,20 je Stunde
15—16 "	0,30 "
16—17 "	0,40 "
17—18 "	0,55 "
18—19 "	0,70 "
19—20 "	1,05 "
20 Jahre und darüber	1,35 "

der Arbeiterkraft und zum Ruhem der Bewohnung. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterkraft von ihren in das Parlament gewählten Vertretern Aufforderung verlangen kann; aber man soll sich endlich dazu bequemen, Namen und Partei nicht zu nennen.

Wenn die Rhein-Zeitung in ihrer Nr. 208 vom 6. 9. 21 glaubt, die christl. Gewerkschaften müßten Kommunisten zu Identifizieren, indem sie von einer einheitlichen Politik spricht, so möchte ich der Rhein, Sir, empfehlen, einmal sich bei ihr nachstehenden Leuten umzusehen, dann wird sie dieseljenigen finden, welche hinterkämpfervolksvereinen zum Schaden der Arbeiterschaft die christl. Gewerkschaften und gewiß, in wirtschaftlichen Forderungen Schulter an Schulter mit allen Arbeitern, auch kommunistischen, zu kämpfen, ohne die Lust, welche sie in anderer Hinsicht voneinander trennt, zu verwertern.

Die stadt. Arbeiterschaft darf sich von all diesen Maginationen nicht aus der Ruhe bringen lassen, sondern muß hier bewußt sein, daß nur eine ehrliche Geschlossenheit sie in wirtschaftlichen Kämpfen zum Sieg führen kann.

**Hannover.** Am 27. 8. 21 hielt abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung sprach der Bezirksleiter Koll. Knoll, Berlin. In seinem Berichte führt der Kollege aus, wie der Arbeitgeber-Verband bemüht ist, durch die Presse das Einkommenminimum des Arbeiters herabzudrücken. Er betont, daß nicht Lohnforderungen solchen der Preissteigerungen sind, sondern umgedreht, das ein Preissteigerung und dann eine eventuelle Lohnauflösierung stattfinden. Über lange nicht in dem Maße, als wie es bei den Preissteigerungen der Fall ist. Neben dem darunter hin, das Betriebe 40 bis 60 Proz. steigende auszahlen, während der Arbeiters kaum das Rechte zum Lebensunterhalt hat. Wie können wir uns sicher, und welche Wege müssen wir einzutragen, um solchen Ausdauernden entgegenzutreten? Wie durch: 1. Weitere Anschluß an den Verband und steten Kontakt der Verhandlungen, 2. politische Arbeit jedes einzelnen, 3. durch die Presse. Weiter führt der Referent aus, daß das Unternehmerium den Amtsdirektoren als großes Werk bezeichnet zu müssen glaubt. Sie geben über zu verstecken, daß durch längere Arbeitszeit auch mehr geleistet würde und doch dann auch mehr verdient würde. Die christliche Gewerkschaft aber ist der Meinung, daß unbedingt am Arbeitshunderttag fortgehalten werden muß und zwar aus moralistischen, familiären und kulturellen Gründen. Redner wies ein Band von Zeitungen darauf hin, daß trotz des Arbeitshundertages noch kein Bereich zu klein zu sein scheint, in dem aber in der Zeit die Produktion eine Steigerung erfahren hat, die dann enorme Differenzen kommt. Zum Schluss meint Koll, daß auf das starke Vorwissen, welches die christl. Gewerkschaft durch die Kollegen, in der kommenden Zeit, man sei kein wie es will durch strenge Disziplin, Frei- und Obedientia sich als wertlichstes Gewerkschaftswerk erkennt. Der Vorsteher dankt dem Kollektiv für seinen hochinteressanten Bericht und erlaubt den den Kollegen, aus dem östlichen durch einen interessanten Bericht zu unterhalten und zu hören und sie alle den Bericht zur Diskussion. An persönnlich beteiligte sich der Kollege Stahl, welcher nachmal als Kaufmännerratpunkt die falsche sozialistische Meinung beleuchtet. Sodann spricht Koll noch über gelbe Gewerkschaften. Koll. Alles spricht über Doppelpragmatiken und gelbe Gewerkschaften.

**Nürnberg.** Am 27. August fand im Vereinshaus „Wodenhof“ eine sehr stark besuchte Versammlung der Gemeindearbeiter statt. Der Vorsteher Hegel, Gruhmann, eröffnete die Versammlung und brachte die leichten Eingaben des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands an den Stadtrat zur Kenntnis. Derselbe kontierte berichtet, daß die ersten Kollegen die Voraussetzung in einer höheren Lohnsätze erreicht werden sei. Redner dankt die Vorfragen bei der Stadt fest einen Uraufzug von 3 Tagen bewilligt erhalten zu haben. Auch ist die Rundfunk des Kollegen Annaber durch Briefwahl am 1. September vorliegen, wieder rückgewichen gemacht worden. Erzählt der Unterkontrakt, da der 1. September 1921 einen Freitag war, während er eine Feiertag war, noch nicht getroffen. Sodoch ist auch hier zu sagen, daß den beiden Nürnberger Städten der gutes Recht wurde. Der Käffest ist daher bei den Ammerländern auf eine gemeinsame Regierung aus, hieraus sei aber auch zu erkennen,

### Aus den Ortsgruppen.

**Köln.** Befragungen über die Lohnbewegung der Stadt. Arbeiter und Straßenbahner. Die lokale Lohnbewegung der Stadt. Arbeiter weist eine Reihe Fehler und viele Ercheinungen auf, welche nur zum Schaden der Arbeiter sind und deshalb für die Zukunft ausgemessen werden müssen. Die Lohnbewegung war aus der Not, die durch die schulische Preissteigerung bedingt entstanden und trug den Keim der Verbiturierung in sich. Die Verhandlungen waren zum Teil von politischen persönlichen und egotistischen Leidenschaften durchsetzt. Zunächst war es ein Fehler der Verwaltung, daß man es anfänglich nicht so einsah, mit den Gewerkschaften in Verhandlung einzutreten und ruhig den althgewohnten, schleppenden Verhandlungsmodus fortzuführen. Die Normalung muß sich endlich einmal dazu bequemen, doch wenn eine Kompromissart vertraglich festgelegt ist, in dieser Zeit auch die Verhandlungen zum Abschluß zu dringen werden.

Der Kampf um die Feststellung des Einkommensminimums auf Grund von Statistiken, spielt, wie immer, eine große Rolle, und iron. oder schon panikerischen Annahmen kommt man nun nicht einzutragen, weil alle Statistiken nicht das jenseits erlauben, was eine Normal-Familie im Bedarf notwendig hat. Nach den vom katholischen Reichsrat erhaltenen Erhebungen sind die Angaben für den Lebensunterhalt (ohne Kleidung) für Januar bis Just um 6,5 Proz. das Anfang August um 10,7 Proz. und die Anfang September um 14,7 Proz. gestiegen. Das katholische Amt der Stadt Köln errechnet eine Steigerung seit Januar bis August noch nur 6,5 Proz. Mit dieser Zahl operierte die Stadtvorstandswahl zu Ungunsten der Arbeiterschaft. Womöglich wäre man ungunsten der in Köln der heueren Stadt im Vergleich zu anderen Städten eine niedrigere ist wie in anderen Städten.

Auf Grund der von der Stadt Köln ermittelten potentiellen Sicherung machte sie dann auch das Angebot. Das Angebot war geringer als die Stadtvorstandswahl einzelner Parteien in den Kommunen angekündigt hatten. Die Verwaltung stützte sich auf das Reich und fand auch bei einer genehmigten Arbeitspartei in dieser Hinsicht Abwendung. Sie hat den Ernst der Situation, welche mit der Arbeitssicherung drohte. Trotzdem blieb sie bei, weil man fürchte die eigentümliche Halbwirkung in die Öffentlichkeit kommen. Erst als in einer großen Verhandlung das Denunzieren eines Vorstoss mache, und weitere Anghandnisse bekanntgab, wurde der Schleier gelüftet und der Block des Arbeitseckerennten gesprengt. Die Verwaltung operierte weiter mit den lokalen Einrichtungen und wollte festgestellt haben, daß innerhalb eines Jahres auf jeden Stadt. Arbeiter 27,9 Krankheitstage fallen. Diese Angabe entspricht nach einwandfreier Feststellung bei der Betriebstrantenkasse nicht der Wahrheit, indem auf den Kopf nur 17 Krankheitstage entfallen.

Als ein weiterer zäher Aufstand stellte sich, daß das Geheimnis der Kommissionserhandlungen nicht genugend gewahrt wurde. Wie das öfteren schon ist, sollte es sich auch jetzt wieder herausstellen, daß gewisse Arbeitseckende, es als ihre eigene Partei trachten, dem politischen Gewerbe einen schlechten Ruf zu hängen, mit damit, daß in einer politischen oder wirtschaftlichen Mission, ebenfalls zu erblicken, oder zu einer demokratischen Wahl in bestimmten Törla die in geplanten Beharrungen wird dann die Politik in die Beweise aufführen, zum Schluß zu-

dass der Verband jederzeit bestrebt ist, die Interessen seiner Mitglieder wahrzunehmen.

Hierauf referierte Beitragsleiter Wittkopp aus Bamberg über die Ursachen der Teuerung und ihre Wirkung und begründete gleichzeitig an den Arbeitgeberverband Nordhessischer Gemeinden gestellte Lohnforderungen. Die Forderungsgrundlagen seien berichtete des Redner, erheben oder verringern sich selbsttätig mit der Erhöhung des Teuerungsschlags der Gemeindebeamten am gleichen Tagessatz. Nachdem nun die Gemeindebeamten ihre Forderungshöhe wie die Reichsbürgertum erhalten, ist auch die Reaktion der Gemeindebeamten erhofft, die Gemeindearbeiter getroffen. Andeutet haben die Gemeindearbeiter noch eine Reihe berechtigter Forderungen, die bei den demnächst stattfindenden Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband verhandelt werden müssen.

Hierauf gingen Redner auf die Ereignisse der letzten Tage ein und erläuterte die Angriffe, die nicht von überzeugten sozialdemokratischen Gewerkschaften ausgehen zu lassen. Wer die Kasse der Arbeiterschaft dazu missbraucht, um politische Schäfte zu machen, verhandigt sich an der Arbeitgeberbank. Die Christliche Arbeiterschaft will vor den Direktoren, die von ihnen führen werden, die bereitgestellte Lohnforderungen der Sozialdemokratie nicht bringen können. Der Vorsitzende schloss, dass die Angriffe der Gewerkschaften nicht mehr durchgehen werden, obwohl sie nicht mit dem Arbeitgeberverband zusammenhängen. Der Vorsitzende schloss mit, dass die Arbeitgeberbank nicht mehr an die Arbeitgeberbank gehen kann.

In der Antrittrede, die sehr reichhaltig war, erläuterte wiederum der Vorsitzende, dass die Arbeitgeberbank nicht mehr an die Arbeitgeberbank gehen kann, wenn sie den Arbeitgeberverband nicht mehr unterstützen. Die Arbeitgeberbank ist nicht bereit, die Arbeitgeber zu unterstützen, wenn sie die Arbeitgeber nicht unterstützen. Das ist nicht möglich. Darauf schloss der Vorsitzende, dass die Arbeitgeberbank nicht mehr an die Arbeitgeberbank gehen kann, wenn sie die Arbeitgeber nicht unterstützen. Das ist nicht möglich.

Am 26. August wurde eine öffentliche Versammlung, die einen lebendigen und interessanten Ablauf hatte, unter dem Vorsitzenden, der die nächsten Begegnungen im Auge hält, um zu denken und sehen, was eigentlich ein guter Vorsitzender ist.

Am 26. August wurde eine öffentliche Versammlung, die einen lebendigen und interessanten Ablauf hatte, unter dem Vorsitzenden, der die nächsten Begegnungen im Auge hält, um zu denken und sehen, was eigentlich ein guter Vorsitzender ist.

Am 26. August wurde eine öffentliche Versammlung, die einen lebendigen und interessanten Ablauf hatte, unter dem Vorsitzenden, der die nächsten Begegnungen im Auge hält, um zu denken und sehen, was eigentlich ein guter Vorsitzender ist.

vor auf dem Boden des Familienlohnes stehe und die Kinderzulagen der Arbeiterschaft denen der Beamten angepasst werden müsse, da die Arbeiterschüler doch auch die Lebensberechtigung hätten wie die Kinder der Beamten. Der stärke Beifall zeigte, dass der Referent als Anwesenden aus dem Herzen gepflockt hatte. Auch die nachfolgenden Diskussionsredner u. a. Schmitt vom Verband der Gemeinde- und Staatsbeamten und Peppeling vom Deutschen Betriebsrat und unterstrichen die Ausführungen des Referenten. Nur einige Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes glaubten die Legitimität der Nutzen zu müssen. Uneinigkeit in die Reihen der Arbeitnehmer zu tragen. Es schien bald als ob sie Sendlinge von den Herren Unternehmern gewesen wären. Nachdem der Referent im Schlusswort die Ausführungen dieser Nachstellenden ins rechte Licht stellt wurde die nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

Die am 26. August im Hof des Kirchen, an der Meeskoog liegenden öffentlichen Versammlung vertretenen Arbeitnehmer verurteilten ganz entschieden das Verhalten des Arbeitgeberverbandes der Gemeinden der deutschen Rheinprovinz, dem auch die Stadt Trier als Mitglied angehört, gegenüber den schwedischen Lohnforderungen.

Durch die unheute wirtschaftliche Notlage in der sich die Arbeiterschaft befindet und der noch bestig befindlichen Teuerung ist finanzielle Hilfe geboten. Die Versammlungen erwarten, dass die Stadtoberwaltung mit allem Nachdruck auf den Arbeitgeberverband einwirkt damit die Verhandlungen umgehend zum Abschluss geführt werden.

Sowohl die Forderungen des Arbeitgeberverbands der Straßenbau in Trier konnten die offiziell vereinbart werden, wird ebenfalls verlangt, dass diese baldmöglichst zu verbindlichen, unveränderlichen und unantastbaren Schritte zu unternehmen.

Kreis Baden (Betriebssekretär). Die im Vorausatlas für die Kreisarbeitsschule Baden vorgeschriebene Tarifkommission hat uns unseren Antrag am 19. Juli anhören. Mit dem Tarifatlas Buch des Kreises Baden war keine Einigung erzielt worden. Insofern auf die Einsetzung einer Tarifkommission in den Vorbereitung. Die Befriedigung der Tarifkommission sollte als unzureichende Vorbereitung der Fortbildung des Gewerberates Freiburg. Der Blumenbach-Werkunternehmer-Betriebsrat, hat weiterhin Beisitzer gewählt und unterstellt sie aus dem Kreis Freiburg mit Freiburg für die Fortbildung der Straßenbau einzutragen. Durch die Tarifkommission gesucht. Da nachfolgenden 2 Monaten in ihrer bisherigen Klasse während einer Versammlung in eine höhere Klasse aufzusteigen. Der erste Satz sprach dieser Schriftung inhaltlich wurde von uns angenommen.

Kreis Aargau (Allgäu). Nachdem unter Verband durch Übertritt einer Anzahl sozialdemokratischer Arbeiter eine neue Ortsgruppe hier eröffnen konnte, teilte der Vorsitzende den Standort des Antrags auf Auflösung als Tarifantrag an den Tarif der städtischen Arbeiter, dem auch nach eingehender Umhandlung keine Klarheit wurde. Nach Rüttelung des Stadtrates kommt man der Meinung, dass die sozialdemokratische Verband den gesamten Tarif geründigt habe, was aber nicht der Fall war, wie sich bei den am 26. August aufgetretenen Verhandlungen herausstellt. Es war lediglich die Zahlstafel gefunden. Aus diesem Grunde war es nicht möglich den von unserem Verband gewünschten Kurzatlas auf Abstand einer Tarifvereinigung auf der vorliegenden des neuen Reichsmannschaftsvertrags zu verhandeln. Zur Zahlstafel hatte unter Verband eine besondere Vorlage unterbreitet, wonach Tagessatz in der Wohnklasse I von 22 bis 25, in Klasse 2 von 31 bis 34, in Klasse 3 von 22 bis 31, in Klasse 4 von 21 bis 37 und Klasse 5 welche von 32 bis 38 M. eindeutig der beschäftigten Arbeiter von 1 M. die pro Tag an verherrliche Arbeit besonders gewohnt werden. Unter Kurzatlas verlangte eine Gleichstellung der fortigen und verherrlichten Arbeiter vom 21. September 1921, an welchen monatliche Zahlstafeln von 1 M. die 5. in allen anderen Städten mit niedrige Kostensteuerung gegen zu treten. Nach erneuter Verhandlung wurde vorbereitend ein Aufnahmearbeitsauftrag erstellt. Darauf folgte dann die Verteilung der 5. in verschiedenen Städten der Gemeinde zum 1. September. Nach dem Verteilung der 5. in verschiedenen Städten der Gemeinde zum 1. September.

erhöht. 2. Die Löhne der Arbeiter im 15. und 17. Lebensjahr betragen 60%, jene der Arbeiter von 18 und 19 Jahren 80% des Volllohnes bei über 20 Jahren alten Arbeitern. 3. Für die an Kesseln, im Gas- und Elektrizitätswerk beschäftigten Arbeiter wird eine angemessene Zulage von 3 M. genährt. 4. Die Arbeiter in gehobenen Stellen erhalten eine tägliche Funktionszulage von 1,50 M. Die Kinderzulagen werden von 8 auf 10 M. pro Woche erhöht. Zu bemerken ist, dass die Gemeindearbeiter von Kempten seit Oktober 1921 keine Zulagen mehr erhalten, weil die bisherigen Löhne laut Schiedsgericht bis 1. Juli 1921 Gültigkeit halten. Wir bemerken ausdrücklich, dass die Arbeiter damals zeitlos im sozialdemokratischen Verband organisiert waren.

Eine Versorgungsflosse für die städt. Arbeiter ist in Kempten noch nicht geschaffen, dagegen wird auf besonderes Betreiben des Betriebsrates den Arbeitern, die Altersrente beziehen, die vom Vora abgezogen, auch dann, wenn sie ihre bislangen Arbeit in gleicher Weise weiter teilen. Die Altersrentner haben gegen den Antrag der Renten beim Gericht Einspruch erhoben. Daselbe lehnte ihren Einspruch ab mit der ausdrücklichen Begründung, dass die diesbezügliche Bestimmung auf Verlangen des Betriebsrats in dem Tarif von 1919 festgelegt worden sei. Unser Verband, der nun Tarifanträge geworfen ist, wird bei jenern Verhandlungen den Abschluss eines neuen Vertrages fordern und dann darauf einzutreten, dass die arbeiterschädigende Bestimmung betreffend Abzug der Altersrenten beseitigt wird. Eine Ansicht von Kollegen, die Mitglieder des Katholischen Arbeitersvereins sind und mit den politischen Bewegungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften nichts zu tun haben wollen, gehören noch keinem Verband an. Sie müssen heraus und in unseren Verband. Nur etwas mehr guten Willen und Vertrauen. Die Kollegen in Kempten sollen sehen, dass es nicht notwendig ist, Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes zu sein.

Görlitz. Ein ehemaliger Betriebsrat scheint der Genoss Schwarz (Comann) in der habschischen Montanverwaltung zu sein. Stellte er vor einigen Tagen das Verlangen an die Verwaltung, um Freistellung und Sammelzulassung der Dreiwerke des Geländes zu fordern, wenngleich mit da in ihm, kaum nichts zu schaffen wurde. Es wurde ihm aber bedient, dass ein Mitglied des Betriebsrats in dort ist. Möglicherweise soll er, der Vora, in mit mit dem Betriebsrat durch. Der Vora wird den Arbeitnehmern diesmal erbringen müssen. Man sollte meinen, dass nach dem umfangreichen Antrag der Betriebsräte der städt. Gewerkschaften, der Vora etwas mehr Kenntnis vom Betriebswesen hätte. Ob er es ist, das gegen das heimliche Betriebsratsempfehlung? Wir können den Herren Genossen noch nicht Erfolge wie jener durch die Denunziation gegen unseren Kollegen W. bei auf Antrag des Ministrationskollegiums freigesprochen wurde. Auch dieser neue Verleumdungsfeldzug ist noch nicht zum Abschluss gekommen.

Neiges. In unserer Versammlung am 19. Juli beschloss Kollege Stettens über den gegenwärtigen Stand unserer Wohnbewegung. Die Gemeinde Neiges hat es bisher immer nach abgeschafft, mit den Gewerkschaften zwecks Verbesserung des Wohn- und Arbeitsbedingungen der Gemeindearbeiter Tarifverträge abzuschließen. Derartige Fragen würden mit dem beschäftigenden Arbeiterausschuss zu regeln ver sucht. Der Vora richtete sich bisher durchweg nach dem Voraatlas der Stadt Velbert. Nur die nach dem in März 1921 neu vereinbarten Beiträge mit Velbert bezahlten Vora glaubte man nicht zahlen zu können. Erst auf Drängen unseres Verbandes hin beschloss der Gemeinderat, auch diesen Voraatlas bis auf Weiteres anzuerkennen.

Gegen das Vergehen des Herren Bürgermeisters, die bewilligte Voraabförderung, mit Bescheiden in einzelnen Gemeindetreiben Kurzarbeit einzuhören, zu beantworten, müsse energisch Stellung genommen werden. Nach seinen eigenen Angaben für Arbeit genug vorhanden. Gegen den beschäftigten Betrieb der Gemeinde zum 1. September, der Voraatlas finanziell bestreikt. Der Voraatlas und Voraabförderung der guten Wante sind zu unterschreiten habe die Gewerkschaft nichts zu werden. Wenden aber muss sie vor jedem Verlust, erzielten und erzielbar, den im Bezeichnung der sozialen Errichtungen zu erfreuen.

In der Aussprache erklärten sich sämtliche Zweisende mit dem Vorgehen und dem Verhalten unseres Verbundes einverstanden. Nur ein Vertreter der deutschen Metallarbeiter glaubte gegen das selbständige Vorgehen unseres Verbundes Einspruch ergehen zu müssen. Er verzerrte doch auch der Deutsche Metallarbeiterverbund immer mit herumgezogen werden sollte. Das wurde geantwortet. Auf Gemeindearbeiterlebe sind die Verbände der Gemeindearbeiter zuständig. Immer jetzt es dem Metallarbeiterverbund für keine wenigen Mitglieder in diesem Gemeindebezirk ja frei, sich uns anzuschließen. Sind den Ausführungen des Referenten entsprechende Entschließung, betreffend die Ausarbeitung und Einführung des Reichs- und Bezirksarbeitskodex, wurde einstimmig angenommen. Bewertenswert ist noch, daß auf eine Zusammensetzung des Verhandlungsteams, die unverantwortlichen anwesenden Gemeindearbeiter sollten sich mal melden, eine ganze Anzahl sich von den Gejagten erhoben. Hier muß in nächster Zeit der Hebel angehängt werden. Wer mit enten will, muß auch mit sien helfen.

**Werk.** Am 3. September fand eine gutbesuchte Versammlung der Gemeindearbeiter statt, wo beschlossen wurde, daß nun der für sie zuständigen Organisation anzuschließen. Die Gem. Arb. der Stadt Werk waren alle schon Mitglieder der anständigen Gewerkschaft (Förder- und Transportarbeiterverbund), aber ihre Interessen könnten durch genaue Organisation nicht so vorgerichtet werden, wie dieses durch die für jeden Beruf zuständige Organisation gewünscht kann. Bezeichnetes Brach aus Dortmund sieht einen inskrativen Vorstand über die Tätigkeit unseres Verbundes und gab den Kollegen Kullarina über den Betriebsrat und Betriebsrätevortrag an denen unser Verbund Teilnehmer sei und so mutum auch die Interessen der hüttdlichen Arbeiter am besten vertreten kann. Da wo die Arbeiterschaft eine und gehilfen hinter unserer Organisation steht werden wir auch mit allem Nachdruck die Interessen der Mitglieder wahrnehmen. Derne sprach Kollege Brant über die freien Gewerkschaften und wußte aus, daß man jetzt die Kollegen sich als einer Organisation angehören habe; die Gedanken es jedoch ebenfalls verhindern werden und hier wie dieses so soon so oft gesprochen ist, die Einigkeit zu fören. Aber in der gegenwärtigen Zeit muß es unter aller Anstrengung sein unter gemeinsamer Werksamkeit aus politischer Grundlage aufzubauen. Nur auf dem Boden der christlichen Werksamkeit kann eine Wiederherstellung des geliebten deutschen Arbeiterslebens zum Wohl und der Arbeiterschaft und des deutschen Volkes erfolgen. Der Vorstand wurde von den Gründen mit großer Begeisterung aufgenommen. So kann wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen und als Vorstand gewählt der Kollege Theodor Ernst Käffner, als Stellvertretender Sekretär Karl Jeppecke, zum Schluß welches Kollege Brant noch um weitere eigene Zusammensetzung bat, und hat die Kollegen recht eingeschend auch an den Arbeiten der Gewerkschaftsbewegung regen Anteil zu nehmen.

**Frankfurt.** Agitation des Vertriebshandels unter den Frankfurter Straßenbahnen. In der Nr. 14 des "Deutschen Straßen- und Kleinbahnen-Kalenders" hat sich ein neuer Arbeitereröffneter" beworben. Es verschwommen wie die einen oder die anderen Führung schaute und so leicht und raschend ist der ganze Artikel. Wenn der Pfeffer schreibt, sagt bei ihrer Agitation im Jahre 1918-19 hatten die "Christen" hier in Frankfurt unter den Straßenbahnen versteckt im Keller zu fliehen, so spricht er damit aus, was er und seine Begleitungsgenossen damals geschehen. Gegenwartlich organisiert in mir wird nicht gefahren — der Betrieb ist keine Betreibung —

Nachdem das Wort so die Hauptfrage war, welche nach dem ersten Weltkrieg war, welche er erzielte und kein Sieg, hat man versteckt gehalten, andere Beweise zu haben. Das kann nicht funktionieren. Und da man nicht funktionieren kann, so kann man nur wieder in die anderen Städte gehen und dort unter dem Namen "Deutsche Straßenbahnen" weiter arbeiten. Das kann nicht funktionieren. Und da man nicht funktionieren kann, so kann man nur wieder in die anderen Städte gehen und dort unter dem Namen "Deutsche Straßenbahnen" weiter arbeiten.

Jungen der Genossenmitgliedern nicht genug erreicht worden ist, so sagen ihre Führer. Da Kollegen, daß das nicht erreicht werden könne, da sind die Christlichen schuld." In demselben Atomberg liegt man aber auch wieder. "Die Christlichen die sind noch weniger wie eine Null." Der größte Teil unserer Mitglieder weiß, was es von solchen Redensarten zu halten hat; leider gibt es auch noch welche, die auf einerlei Reden- und Auflösungen getaucht sind. Aus allen Reden und Auseinandersetzungen geht immer klar vor, daß ein nicht geringer Groß gegen uns gekauft, vorhanden ist. Wir müssen darum auf der Hut sein und dürfen während diesem Streit die Hände nicht in den Schuh legen, sondern müssen allen denjenigen noch die Augen zu öffnen suchen, die ihre ganzen Verfassung nach zu uns gehören, aber bis jetzt noch nicht den Platz angetreten.

**Datum.** Kollegen, aufgepaßt und jede Gelegenheit die sich bietet benutzt zur weiteren Stärkung unserer Reihen.

**Köln (Strassenbahnen).** Vor einigen Wochen wurde für die städt. Arbeiter und Straßenbahner die neue Ruheordnung abgeschlossen. Das Fahrzeughall war hierbei in die dritte Klasse gestuft worden. Nachdem unsere Ortsverwaltung, nebst dem Kollegen Hoh als Stadtverordneter dagegen Protest eingelegt hatten, können wir dem Kölner Straßenbahnhafen die erreichte Zuladung mitteilen, daß sie in die zweite Klasse geht sind.

### Berbandsnachrichten.

**Am der Woche vom 18. bis 24. September** ist der 28. Wochenbeitrag fällig. Mit der folgenden Woche endet das 3. Quartalsjahr 1921. Der erste Gewerkschaftsjahrgang dafür, das am Quartalsabschluß kein Mitgliedsbuch in Ordnung ist.

Abgerechnet haben folgende Ortsgruppen:

**Vom 1. Quartal 1921:** Landsberg, Stuttgart (Str.) und Hallhausen.

**Vom 2. Quartal 1921:** Cuen a. d. Ahr, Honnef a. Rhein, Brühl-Büchel, Neuwied, Osnabrück, Alsfeld-Goslar, Köln (Str.), Hamburg, Saarweldens, Weiden, Köln (Zollstock), Reichenau, Bonn (Gem.), Illingen, Weilheim Obb., Wernau, Wolfenbüttel, Wurzburg (Stram.), Kempten, Rottweil, Ravensburg, Pirmasens, Danzig, Ratzeburg, Lübeck, Bremen, Siegburg, Neuburg a. D., Augsburg, Günzburg, Löffel, Günzburg, Gottschee, Überlingen (Str.), Laubach, Nidderau, Neuburg, Nörtheim, Köln (Viert. u. Bett. 3), Köln (Gem.), Hörde (Str.), Ratingen, Straubing, Schwabach, Wössbach, Stoßberg, Sippelkaff, Wülfrath-Rüttenscheid, Bochum (Gem.), Leichlingen, Waldkirch, Kühl, Baden, Frankfurt a. M., Königsberg, Lauter, Konstanz, Duisburg, Wieden a. d. Rahr, Biesloch (Heil- u. Pileg.), Neuges, Hildesheim, Ohlau, Eisenrich, Riene, Kreisring, Bochum (Str.), Umlauf.

**Der Zentralvorstand.**

### Gedenktafel.

Herrn Michael Düsseldorf	21. 7. 21
Herrn Matthias, Köln	13. 8. 21
Altbürgermeister Dr. H. H. W. Böhme	15. 8. 21
Frater Johann, Duderstadt	15. 8. 21
Abdebach Heinrich, Friedland	22. 8. 21
Sternbauer Paul, Görlitz	23. 8. 21
Altmann Lippold, Lüderitz	1. 9. 21
Pöhlendorf, Wella	2. 9. 21

**Obre ihrem andenken;**